



Ausschussdrucksache 21(17)18
vom 12. Januar 2026

Schriftliche Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

16. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik
BT-Drucksache 20/14480

Burak Yilmaz
Autor und Podcaster

„16. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik“

BT-Drucksache 21/14480

Schriftliche Stellungnahme von Burak Yilmaz – Autor

Duisburg, den 08.01.26

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Öffentliche Anhörung am 14. Januar 2026

Schriftliche Stellungnahme zum Fragenkatalog zur Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe zum „16. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik
BT- Drs. 20/14480

Lage des Vertrauens in demokratische Institutionen, der Menschenrechte und des Völkerrechts

In Deutschland ist in den vergangenen Jahren ein zunehmender Vertrauensverlust in Demokratie, staatliche Institutionen und ein menschenrechtsorientiertes Zusammenleben zu beobachten. Dieses Misstrauen hat viele Ursachen, die eng miteinander verbunden sind und sich gegenseitig verstärken. Eine zentrale Rolle spielen dabei soziale und wirtschaftliche Entwicklungen, insbesondere der Anstieg von Armut und sozialer Ungleichheit.

Armut ist in Deutschland in den letzten Jahren gewachsen und für viele Menschen spürbare Realität geworden. In zahlreichen Regionen – etwa im Ruhrgebiet oder in Teilen der neuen Bundesländer – entsteht der Eindruck, dass wirtschaftliche Spielräume schrumpfen, öffentliche Mittel knapper werden und Zukunftsperspektiven fehlen. Wenn „der Kuchen kleiner wird“, verschärfen sich zwangsläufig die Verteilungskämpfe. Dies führt nicht nur zu sozialen Spannungen, sondern auch zu dem Gefühl, dass staatliche Institutionen nicht mehr in der Lage oder nicht mehr willens sind, für faire Lebensbedingungen zu sorgen.

Dabei geht Armut weit über materielle Einschränkungen hinaus. Sie bedeutet häufig auch sozialen und kulturellen Ausschluss. Viele Menschen können Angebote wie Kunst, Kultur, politische Bildung oder gesellschaftliches Engagement schlicht nicht wahrnehmen. Dadurch fehlen Räume der Begegnung, der Mitgestaltung und des demokratischen Austauschs. Wer dauerhaft ausgeschlossen ist, erlebt Demokratie nicht als etwas Eigenes, sondern als etwas, das für andere gemacht wird.

Hinzu kommt, dass armutsbetroffene Menschen häufig den Eindruck haben, nicht Teil politischer Entscheidungsprozesse zu sein. Über ihre Lebensrealitäten wird gesprochen, Entscheidungen werden über sie hinweg getroffen, ohne dass sie selbst einbezogen werden. Beteiligungsformate und politische Kommunikation erreichen oft gerade diejenigen nicht, die besonders auf Mitsprache angewiesen wären. Das verstärkt Gefühle von Ohnmacht und politischer Entfremdung.

Ein konkretes Beispiel dafür ist Duisburg-Marxloh. Beim letzten Bundestagswahlkampf fand dort – abgesehen von vereinzelt Wahlplakaten – kaum sichtbarer Wahlkampf statt. Öffentliche Veranstaltungen, Gespräche im Stadtteil oder ernsthafte politische Präsenz blieben weitgehend aus. Für viele Bewohnerinnen und Bewohner war dies ein deutliches Signal, dass ihre Anliegen keine politische Priorität haben. Diese Erfahrung macht wütend, weil sie bestehende Gefühle des Übersehenwerdens bestätigt und den Eindruck verstärkt, dass Politik nicht für sie gemacht wird.

Solche Erfahrungen haben langfristige Folgen. Wenn Menschen sich nicht gehört fühlen, wenn soziale Probleme ungelöst bleiben und politische Akteure im Alltag nicht präsent sind, schwindet das Vertrauen in staatliche Institutionen. Demokratie wird dann nicht mehr als schützendes und gestaltendes System wahrgenommen, sondern als fern und wirkungslos. In diesem Klima wird auch das Bekenntnis zu Menschenrechten fragiler, weil diese nicht mehr als gelebte Realität erfahren werden, sondern als abstrakter Anspruch.

Insgesamt zeigt sich, dass soziale Ausgrenzung, wachsende Armut und mangelnde politische Teilhabe maßgeblich zum Vertrauensverlust in Demokratie und Staat beitragen. Ein menschenrechtsorientiertes Zusammenleben kann jedoch nur dann gelingen, wenn Menschen nicht nur formell gleiche Rechte haben, sondern diese auch praktisch wahrnehmen können – durch soziale Sicherheit, kulturelle Teilhabe und echte politische Mitbestimmung.

Eine der größten Herausforderungen für das Verständnis von Menschenrechten in Deutschland ergibt sich derzeit aus einer massiven Diskursverschiebung, die längst nicht mehr nur von antidemokratischen Kräften ausgeht, sondern zunehmend auch von demokratischen Parteien mitgetragen wird. Besonders deutlich wurde dies im letzten Bundestagswahlkampf. Im Kanzlerduell zwischen Olaf Scholz und Friedrich Merz zum Beispiel nahm das Thema Abschiebungen und Migration einen unverhältnismäßig großen Raum ein. Diese Fixierung war für viele Menschen entsetzlich – nicht nur für migrantische Communities, sondern auch für große Teile der Mehrheitsgesellschaft, die mit ganz anderen existenziellen Sorgen konfrontiert sind: der Angst vor Altersarmut, steigenden Mieten, unsicheren Arbeitsverhältnissen oder fehlender verlässlicher Kinderbetreuung.

Diese Diskursverschiebung entfaltet ihre besondere Wirkung, weil sie nicht nur von offen antidemokratischen Parteien wie der AfD vorangetrieben wird, sondern auch von Parteien aus der demokratischen Mitte. Dadurch werden die Existenzen marginalisierter Gruppen zunehmend verhandelbar gemacht. Menschenrechte erscheinen nicht mehr als universell und unteilbar, sondern als an Bedingungen geknüpft – an Aufenthaltsstatus, an vermeintliche Nützlichkeit oder an Anpassung. Die Existenz bestimmter Gruppen wird damit implizit infrage gestellt.

Diese Entwicklung wird durch internationale Konflikte weiter verschärft, insbesondere durch den Krieg in Gaza. In vielen migrantischen Communities hat sich dadurch der Eindruck verfestigt, dass das Völkerrecht nicht für alle gleichermaßen gilt, sondern politisch selektiv angewendet wird. Für viele Palästinenserinnen und Palästinenser entstand die Erfahrung, dass ihre Rechte im menschenrechtlichen Diskurs nicht mit derselben Konsequenz verteidigt werden wie in anderen Kontexten. Das beschädigt Vertrauen – nicht nur in Politik, sondern auch in Medien und internationale Institutionen.

Ein ähnliches Muster zeigt sich im Umgang mit anderen völkerrechtswidrigen staatlichen Handlungen, etwa durch die USA gegenüber Venezuela, die von vielen Expertinnen und Experten als klarer Bruch des Völkerrechts bewertet werden, politisch jedoch relativiert wurden. Auch Deutschland hat sich in solchen Fällen häufig auf Begriffe wie „Komplexität“ zurückgezogen. Dadurch entsteht zunehmend der Eindruck eines Rechts zweierlei Maß – mit gravierenden Folgen für die Glaubwürdigkeit von Menschenrechten und Völkerrecht insgesamt.

Diese Logik zeigt sich auch in der deutschen Asyl- und Außenpolitik, etwa im Umgang mit Syrien. Wenn Syrien aus politischen Interessen heraus als sicheres Herkunftsland oder als perspektivisch sicherer Staat eingestuft wird, steht dies in klarem Widerspruch zur Realität vor Ort. Die jüngsten Angriffe gegen die kurdische Community in Aleppo verdeutlichen, dass islamistische Strukturen weiterhin Teil staatlicher Machtverhältnisse sind. Aus einer islamistischen Logik heraus sind insbesondere Alawitinnen und Alawiten, Kurdinnen und Kurden sowie Drusinnen und Drusen massiver Bedrohung ausgesetzt. Viele Menschen fürchten erneut Vertreibung, Gewalt und den Verlust ihres Zuhauses.

Die fortschreitende Normalisierung autoritärer und teilweise islamistischer Regime im Nahen Osten ist dabei weder Ausdruck einer feministischen noch einer demokratischen Außenpolitik. Vielmehr dient sie patriarchalen und machtpolitischen Interessen. Staaten wie die Türkei oder der Iran können sich trotz massiver Menschenrechtsverletzungen immer wieder auf Deutschland als einen ihrer wichtigsten Handels- und politischen Partner verlassen. Diese Zusammenarbeit sendet ein klares Signal: Menschenrechte sind nachrangig, wenn wirtschaftliche oder geopolitische Interessen überwiegen.

Dabei existieren im Nahen Osten sehr wohl demokratische und emanzipatorische Alternativen. Ein Beispiel dafür ist die Autonomieregion Rojava, in der basisdemokratische, pluralistische und geschlechtergerechte Strukturen aufgebaut wurden. Dort wird vermittelt, dass der Nahe Osten groß genug ist für alle – insbesondere für Minderheiten. Diese Kräfte haben nicht nur entscheidend zur militärischen Niederlage des sogenannten Islamischer Staat beigetragen, sondern kämpfen bis heute gegen Islamismus, Autoritarismus und patriarchale Gewalt ebenso wie gegen westliche hegemoniale Machtstrukturen.

Deutschland spielt in dieser Gemengenlage eine problematische Rolle. Durch politische, wirtschaftliche und diplomatische Entscheidungen werden autoritäre Regime gestützt und stabilisiert, während demokratische Kräfte vernachlässigt oder faktisch im Stich gelassen werden. Damit wird nicht nur kurzfristig Stabilität inszeniert, sondern langfristig genau jene Entwicklung begünstigt, die Menschenrechte und Völkerrecht weiter aushöhlt.

Insgesamt verdichten sich diese Entwicklungen zu einer gefährlichen Dynamik: Wenn das Völkerrecht selektiv angewendet, Menschenrechte verhandelbar gemacht und autoritäre Akteure politisch legitimiert werden, setzt sich schleichend eine Logik des Rechts des Stärkeren durch. Diese Logik ist mit demokratischen Werten unvereinbar. Sie schützt nicht, sondern macht schutzlos. Sie erzeugt kein Vertrauen, sondern Angst und Abhängigkeit. Und sie führt letztlich dazu, dass Rechte nicht mehr allen Menschen zustehen, sondern nur noch denen, die über Macht verfügen.

Staatstragend sollten jedoch nicht militärische Stärke oder geopolitische Interessen sein, sondern die Rechte, die jedem Menschen allein aufgrund seines Menschseins zustehen. Ihre Relativierung ist kein pragmatischer Realismus, sondern ein politischer und zivilisatorischer Rückschritt.

Transnationale Repression

Das Beispiel der kurdischen Community verdeutlicht besonders anschaulich, wie politische Rahmenbedingungen eines Gastlandes transnationale Repression nicht nur begünstigen, sondern strukturell verstärken können. Kurdische Betroffene sind dabei in besonderer Weise vulnerabel, da sie häufig bereits im Herkunftsstaat politisch verfolgt, entrechtet oder staatenlos gemacht wurden und diese Entrechtung sich im Exil fortsetzt.

Viele Kurdinnen und Kurden wurden insbesondere durch die Türkei aufgrund politischer Verfolgung, oppositioneller Tätigkeit oder allein aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit faktisch staatenlos gemacht. Der Entzug von Staatsangehörigkeit oder die bewusste Verweigerung staatlicher Dokumentation dient dabei als repressives Mittel, um politische Gegner dauerhaft rechtlich zu entmachten.

Diese Staatenlosigkeit wirkt transnational fort. Auch in Deutschland leben zahlreiche Kurdinnen und Kurden ohne gesicherten Status, mit ungeklärter Staatsangehörigkeit oder lediglich mit Duldungen. In einem internationalen System, das maßgeblich auf Nationalstaatlichkeit basiert, führt dies zu einer extremen Schutzlosigkeit: Betroffene „hängen“ rechtlich zwischen Staaten, ihre Existenz ist oft nur unzureichend dokumentiert, politische Teilhabe faktisch ausgeschlossen. Staatenlosigkeit wird damit nicht beendet, sondern im Aufnahmeland reproduziert.

Diese Situation erhält eine zusätzliche Bestätigung, wenn wirtschaftliche und geopolitische Interessen höher gewichtet werden als menschenrechtliche Schutzpflichten. Die enge wirtschaftliche und sicherheitspolitische Kooperation Deutschlands mit den Herkunftsländern sendet für viele betroffene Staatenlose ein klares Signal: Menschenrechtsverletzungen werden politisch relativiert, solange strategische Interessen gewahrt bleiben. Herkunftsstaaten nehmen dies als implizite Duldung wahr. Mit der Folge, dass Einschüchterung, Druck und Überwachung auch im Exil fortgeführt werden.

Das Beispiel der kurdischen Community oder anderer betroffener Communities zeigt, dass transnationale Repression nicht allein durch Geheimdienste oder direkte Bedrohungen funktioniert, sondern vor allem durch rechtliche Grauzonen, politische Zurückhaltung und strategische Interessenabwägungen im

Gastland. Wenn Staatenlosigkeit fortgeschrieben, wirtschaftliche Interessen priorisiert und menschenrechtliche Verpflichtungen relativiert werden, entsteht ein Umfeld, in dem Herkunftsstaaten ihre Repression über Grenzen hinweg wirksam fortsetzen können.

Ein wirksames Gegensteuern erfordert daher die konsequente Beendigung von Staatenlosigkeit, einen gesicherten Aufenthaltsstatus für Betroffene, klare politische Signale gegenüber Herkunftsstaaten, und die eindeutige Priorisierung von Menschenrechten gegenüber geopolitischen Interessen.

Andernfalls bleibt transnationale Repression nicht die Ausnahme, sondern wird zur strukturellen Realität für ganze Communities.

Ein weiterer zentraler, oft unterschätzter Aspekt transnationaler Repression ist die sozioökonomische Dimension von Staatenlosigkeit. Menschen, die staatenlos sind oder nur über einen prekären Aufenthaltsstatus verfügen, leben nicht nur rechtlich unsicher, sondern werden systematisch in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gedrängt.

Für viele Staatenlose in Deutschland bedeutet der ungeklärte Status, dass ihnen der Zugang zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung faktisch verwehrt bleibt oder stark eingeschränkt ist. Stattdessen sind sie häufig gezwungen, in informellen, schlecht bezahlten oder ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen zu arbeiten – oft ohne arbeitsrechtlichen Schutz, ohne soziale Absicherung und ohne langfristige Perspektive. Die Angst vor aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen oder vor weiterer Marginalisierung führt dazu, dass Missstände selten gemeldet werden.

Diese ökonomische Prekarität erzeugt Abhängigkeiten. Wer keine sichere Arbeitserlaubnis, keine Anerkennung von Abschlüssen und keine realistischen Aufstiegschancen hat, bleibt dauerhaft in einem Zustand sozialer Unsicherheit gefangen. Staatenlosigkeit wirkt damit nicht nur als rechtliches, sondern auch als ökonomisches Disziplinierungsinstrument. Ein Recht auf würdige Arbeit, wie es menschenrechtlich verankert ist, bleibt für viele Betroffene unerreichbar.

Besonders problematisch ist, dass diese ökonomische Marginalisierung die Wirkung transnationaler Repression verstärkt. Finanzielle Unsicherheit, fehlende soziale Absicherung und Perspektivlosigkeit schwächen die Fähigkeit von Betroffenen, sich politisch zu organisieren, ihre Rechte einzufordern oder sich gegen Einschüchterung zu wehren. Wer um das tägliche Überleben kämpft, hat kaum Ressourcen, um sich gegen Überwachung, Drohungen oder politische Repression – sei es aus dem Herkunftsstaat oder durch strukturelle Benachteiligung im Aufnahmeland – zu schützen.

Damit zeigt sich: Staatenlosigkeit ist nicht nur ein rechtlicher Ausnahmezustand, sondern ein systemischer Zustand sozialer Entrechtung. Sie führt dazu, dass Menschen dauerhaft unterhalb sozialer Sicherungssysteme gehalten werden und verstärkt genau jene Schutzlosigkeit, die transnationale Repression wirksam macht. Ein menschenrechtsorientierter Umgang mit Staatenlosigkeit muss daher zwingend auch den Zugang zu würdiger, abgesicherter Arbeit und realen Teilhabechancen einschließen. Andernfalls bleibt Schutz unvollständig und formell.

Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Zivilgesellschaftliche Organisationen leisten insbesondere auf der kommunalen Ebene einen zentralen Beitrag für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie schaffen Begegnungs-, Entfaltungs- und Selbstwirksamkeitsräume, in denen Menschen sich austauschen, gegenseitig unterstützen und demokratische Praxis im Alltag erfahren können. Gerade dort, wo staatliche Strukturen nicht mehr greifen oder nur eingeschränkt vorhanden sind, übernehmen zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure eine tragende Rolle.

Diese Arbeit ist jedoch zunehmend gefährdet. Aufgrund anhaltender Sparpolitik fehlt es vielerorts an verlässlichen finanziellen Rahmenbedingungen, um zivilgesellschaftliche Strukturen zu professionalisieren, weiterzuentwickeln oder systematisch zu evaluieren. Projektförderungen sind häufig auf ein Jahr

begrenzt und mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden. Unter diesen Bedingungen ist es kaum möglich, langfristige, stabile Strukturen aufzubauen. Statt nachhaltiger Begegnungsorte entstehen kurzfristige Projekte, die nach Auslaufen der Förderung wieder verschwinden. Das schwächt nicht nur Organisationen, sondern entzieht Menschen dauerhaft Räume der Teilhabe.

Besonders deutlich werden die Folgen dieser Entwicklung im Alltag, vor allem für ältere Menschen. Begegnungsorte im Wohnumfeld sind für sie von zentraler Bedeutung, um Vereinsamung entgegenzuwirken und gesellschaftlich eingebunden zu bleiben. In vielen Stadtteilen übernehmen informelle Orte diese Funktion, etwa kleine Cafés oder Bäckereien. In meinem eigenen Stadtteil ist die Bäckerei ein solcher Ort: ein Treffpunkt, an dem sich viele Rentnerinnen und Rentner begegnen, Gespräche führen und – gerade nach den Jahren der Isolation während der Corona-Pandemie – wieder Gemeinschaft erleben konnten. Doch auch diese niedrigschwelligen Orte geraten unter Druck. Steigende Preise für Miete, Energie, Kaffee oder Brot machen den Betrieb zunehmend unwirtschaftlich und schließen zugleich Menschen mit geringem Einkommen aus. In Stadtteilen, die ohnehin von struktureller Armut geprägt sind und in denen es kaum alternative zivilgesellschaftliche Angebote gibt, droht damit der Wegfall der letzten verbliebenen Begegnungsräume. Für viele ältere Menschen bedeutet das im schlimmsten Fall soziale Isolation: Sie verlieren die Möglichkeit, andere Menschen zu treffen oder mit jüngeren Generationen in Kontakt zu kommen. Nicht aus mangelndem Interesse, sondern aus wirtschaftlichen Gründen.

Gerade vor dem Hintergrund zunehmender Vereinsamung braucht es daher ein starkes, dauerhaft gefördertes zivilgesellschaftliches Engagement, das ältere Menschen nicht nur mitdenkt, sondern gezielt in den Mittelpunkt stellt. Zugleich geht es nicht um Angebote für einzelne Gruppen, sondern um die Schaffung intergenerationaler Begegnungsräume. Solche Räume ermöglichen Austausch zwischen Jung und Alt, bauen Vorurteile und Hemmschwellen ab und stärken das gegenseitige Verständnis von gesellschaftlichen Herausforderungen.

Diese Begegnungen sind mehr als reine Wissensvermittlung. Sie sind Orte der Erfahrungsvermittlung, an denen Lebensgeschichten, Perspektiven und Kompetenzen geteilt werden. Wenn ältere und jüngere Generationen miteinander ins Gespräch kommen, entsteht eine Brücke, die gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt und demokratische Werte im Alltag erfahrbar macht. Der Verlust solcher Räume ist daher nicht nur ein soziales, sondern auch ein demokratisches Problem.

Die Einschränkung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch finanzielle Unsicherheit und fehlende langfristige Förderung gefährdet somit nicht nur Engagement vor Ort, sondern schwächt die Grundlagen von Teilhabe, Solidarität und demokratischer Kultur insgesamt.

Meinungsfreiheit und Streitkultur

Eine weitere, zunehmend problematische Entwicklung ist die Verengung des öffentlichen Meinungskorridors in Deutschland. Auffällig ist dabei ein paradoxes Narrativ, das insbesondere von konservativen oder rechten Politikerinnen und Politikern vertreten wird: die Behauptung, es gebe in Deutschland keine Meinungsfreiheit mehr oder man könne „als Deutscher“ seine Meinung nicht mehr offen äußern. Diese Behauptung steht in einem offensichtlichen Widerspruch zur Realität, da genau diese Positionen regelmäßig und mit großer Reichweite in Talkshows, Podcasts, Leitmedien und sozialen Netzwerken vertreten werden.

Tatsächlich zeigt sich weniger ein Mangel an Meinungsfreiheit als vielmehr eine asymmetrische Verteilung von Aufmerksamkeit und Deutungsmacht. Bestimmte Positionen – insbesondere solche, die migrationsfeindliche, nationalistische oder autoritäre Narrative bedienen – erhalten überproportional viel Raum und gelten als „kontrovers“, „mutig“ oder „tabubrechend“. Allein der Verweis darauf, man dürfe angeblich nichts mehr sagen, fungiert dabei als Eintrittskarte in etablierte Medienformate.

Demgegenüber bleiben Perspektiven von Minderheiten, marginalisierten Gruppen und Menschen mit abweichenden gesellschaftlichen Erfahrungen deutlich unterrepräsentiert. Ihre Sichtweisen gelten häufig nicht als legitimer Teil des öffentlichen Diskurses, sondern werden als zu „einseitig“, „emotional“ oder „identitätspolitisch“ abgewertet. Damit verschiebt sich die Grenze dessen, was sagbar ist: Tabuisiert wird nicht die diskriminierende oder ausgrenzende Meinung, sondern die Perspektive jener, die gesellschaftliche Machtverhältnisse, Rassismus, soziale Ungleichheit oder strukturelle Gewalt (aus eigener Erfahrung) benennen.

Diese Dynamik stellt ein ernstzunehmendes Problem für die Meinungsfreiheit dar. Denn Meinungsfreiheit bemisst sich nicht allein daran, ob eine Aussage formal erlaubt ist, sondern auch daran, wer gehört wird, wessen Perspektiven als relevant gelten und wer systematisch aus dem Diskurs ausgeschlossen bleibt. Wenn der öffentliche Raum überwiegend von Stimmen geprägt wird, die ohnehin über politische, mediale oder gesellschaftliche Macht verfügen, verengt sich der Meinungskorridor faktisch.

Die Folge ist eine Verzerrung gesellschaftlicher Wirklichkeit. Erfahrungen von Menschen, die diese Gesellschaft aus anderen Perspektiven wahrnehmen – etwa aufgrund von Herkunft, sozialer Lage, Behinderung oder Diskriminierungserfahrungen – werden unsichtbar gemacht oder bewusst ausgeblendet. Damit geht nicht nur Vielfalt im Diskurs verloren, sondern auch die Fähigkeit der Gesellschaft, sich selbst kritisch zu reflektieren.

Langfristig untergräbt diese Entwicklung die demokratische Debattenkultur. Wenn bestimmte Stimmen dauerhaft marginalisiert werden, während andere sich als vermeintlich „unterdrückte Mehrheit“ inszenieren können, entsteht kein freier Meinungsmarkt, sondern ein verengter Diskursraum, der Machtverhältnisse reproduziert statt sie zu hinterfragen. Für den Schutz der Meinungsfreiheit bedeutet das, nicht nur formale Rechte zu sichern, sondern aktiv für pluralistische, inklusive und machtkritische Öffentlichkeiten einzutreten.